

Bericht einer Sommerkampagne der Initiative »Gemeinsam gegen Neonazis«

[.beat-them-back.] beachclub: Am Strand ohne Nazis

So fing es an: Auftakt der nonpd-Tour am Samstag, 18. August. Der Start des [.beat-them-back.] beachclub in Schleswig.

Unter Reggaeclängen von der Smalltown Soundstation: Am Infotisch, im Strandkorb und am Tischkicker angeregte Gespräche zwischen Strandbesuchern und unseren Mitgliedern. Rund 140 Personen setzten sich mit ihrer Unterschrift für eine Neuauflage eines NPD-Verbotsverfahrens ein. Neonazis hielten sich vom beachclub fern.

Und so schloss die Aktion ab: Unser Aufenthalt in Rieseby wurde von reichlicher Medienpräsenz begleitet und von örtlichen und regionalen Antinazis gut angenommen. Wir konnten über 110 Unterschriften verzeichnen und somit nun verkünden, dass sich im Laufe einer Woche insgesamt über 1000 Menschen im nördlichen Schleswig-Holstein der Forderung angeschlossen haben.

Nennenswerte Provokationen oder eventuell Gegenaktionen der NPD oder anderer Nazis blieben auch in Rieseby aus. Unse-

Bredstedt brennt: Easy going in Soldatengemeinde

re Initiative »Gemeinsam gegen Neonazis« geht gestärkt aus der Aktionswoche und verspricht für die Zukunft weitere Aktivitäten gegen die NPD und Neonazismus.

Dazwischen passierte dies: Die Sonne sorgte für eine relaxte Stimmung und Topumsätze beim örtlichen Eisdealer. Super war das Feedback in Bredstedt: Ein größere Zahl von gezielten BesucherInnen und 190 Unterschriften machten den Ausflug ins tiefste Nordfriesland zu einem erfolgreichen Sommererlebnis.

Beim Besuch in der »Soldatengemeinde« Kropp war uns schon bewusst, was uns erwarten würde: Nicht viel. Der Ort ist

ein 1a-Beispiel für jedes Fleckchen Zivilisation. Unser beachclub wirkte dagegen geradezu exotisch.

Die tristen Umstände brachten es aber auch mit sich, dass wir einen entspannten Nachmittag bekamen. Lateinamerikanische Klänge von DJ Nelson aus Honduras verbreiteten gute Laune und nach einiger Zeit gesellten sich auch einige Einheimische zu uns, die unsere Aktion mehr als begrüßten. Sie erzählten uns von NPD-Aktivitäten vor Ort, und wir erzählten, dass wir nur deswegen dort seien.

Wir haben nie behauptet, dass die Sonne für uns immer

Keine Sonne in Leck

scheint! In Leck erlebten wir einen total verregneten Nachmittag und die Besucherzahl war dementsprechend dürrig. Umso mehr freuten wir uns über die 10 Antifa-Kids, die Wind und Wetter nicht scheuten und bei uns ausharrten. Queen Bee und Chris Cutter schafften es dazu, mit ihren Beats die Stimmung auf einem nichtregnerischen Level zu halten.

Erfreulich großes Interesse in Süderbrarup. Wir sind erstaunt über die große antifaschistische Jugendszene vor Ort und froh über die neuen Kontakte, die wir knüpfen konnten. Für die nonpd-Kampagne konnten wir selbst hier in knappen drei Stunden über 120 Unterschriften sammeln. Das »beeindruckend konsequente« lokale Nazihäuflein zog sich lieber stillschweigend in ihre Stamm-Dönerbude zurück. Dönerland erwache!

280 Autogramme in Husum

Einen weiteren netten Strandtag verbrachte [.beat-them-back.] an einem Sonntag in Husum. Unterstützt von rund 40 örtlichen Antinazis konnte der beachclub mit seinem rund 20-köpfigen Team auf dem Markt-

platz ein ansprechendes antifaschistisches Ambiente bieten. Musikalisch abgerundet wurde der Strandaufenthalt vom Lokalhelden Marten. Für die »NPD-Verbot jetzt-Kampagne« konnten

280 Unterschriften gesammelt werden! Ein Versuch der örtlichen NPD-Narren Kevin Stein und Marc Tenten, den beachclub schon beim Aufbau zu provozieren, scheiterte kläglich.

Partisan, Lehrer und Zeitzeuge

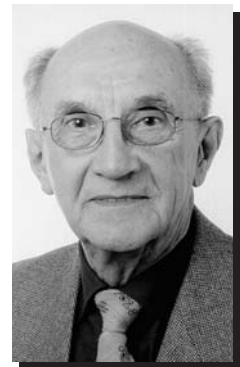
Abschied von Jupp Gerats

Jupp Gerats, langjähriger Landesvorsitzender des IVVdN und seit Mai dieses Jahres Ehrenvorsitzender der Organisation der Verfolgten des Naziregimes im Land Sachsen-Anhalt, ist am 1. August 2007 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 87 Jahren verstorben.

Kameraden aus dem antifaschistischen Widerstand, Weggefährten aus den Jahren seines Studiums und Wirkens im Bezirk Halle und der Jahre, die er als Vorsitzender des IVVdN im Land, im Dachverband, später dann im Bundesausschuss der VVN-BdA gewirkt hatte, viele junge Antifaschisten, deren ständiger Gesprächspartner er war, ehrten am 10. August in einer bewegenden Trauerfeier den Verstorbenen. Manfred Humprecht, Landesvorsitzender des IVVdN-BdA würdigte Jupp Gerats als einen Menschen, der aus den Erfahrungen seines langen Lebens schöpfend, ein unermüdlicher Streiter für die Verwirklichung des Schwurs von Buchenwald: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« war. Sein Wirken in den letzten Jahren galt vor allem dem Erhalt der Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus. Mit Energie widersetzte er sich allen Versuchen, die Jahre der braunen Barbarei durch die Gleichsetzung mit der DDR-Zeit zu relativieren.

1934 musste Jupp als 14-jähriger mit seiner Mutter seine Heimatstadt Goch am Niederrhein verlassen, um der Verfolgung durch das faschistische Regime zu entgehen. Unter dem Namen

»Henk 3290« nahm er in den Niederlanden aktiv an der Schaffung der Volksfront, später dann in Paris an der Gründung der Freien Deutschen Jugend teil. Nach dem Überfall auf die Niederlande wurde er verhaftet und interniert. Als »wehrunwürdig« musste er Zwangsarbeit beim Bau des Atlantikwalls leisten. Nachdem die



Kriegsführung des Regimes immer mehr Todesopfer forderte, wurde er für »würdig« befunden, in den Reihen der Wehrmacht für den Endsieg kämpfen zu dürfen. Im Februar 1945 schloss er sich in der CSR einer tschechischen Partisaneneinheit an, wurde Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und kehrte 1949 nach seiner Tätigkeit als Lehrer an einer antifaschistischen Schule in der Sowjetunion nach Deutschland zurück. Er holte sein Abitur nach und absolvierte ein Fernstudium zum Diplom-Wirtschaftswissenschaftler.

Die antifaschistische Bewegung hat mit Jupp Gerats einen aufrechten Streiter gegen Neofaschismus und Rassismus verloren.

H.C.

»Unversöhnlich gegen die Täter sein«

Gedenkfahrt zum Wannsee und nach Ravensbrück

Der Leipziger Bund der Antifaschisten e.V. führte am 9. und 10. Juni 2007 seine Gedenkstättenfahrt durch. Anfang und Ende – das Motto dieser Reise deutet bereits die inhaltliche Bandbreite an.

Die Fahrt führte uns an die Stelle, wo der industriemäßige Völkermord in deutscher Gründlichkeit in einen organisatorischen Rahmen gebracht wurde: Zur Villa am Wannsee in Berlin, die dem Ereignis ihren Namen gab – die Wannseekonferenz –, und zu einer der Stätten des Grauens, das KZ Ravensbrück. Am 20. Januar 1942 verhandelten am Wannsee 15 Spitzenbeamte der Ministerien und der SS unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich und in Ravensbrück fand am 30. April 1945 das Grauen ein Ende durch die Befreiungstat der Roten Armee.

Blumen haben wir an dem Mahnmal für die vielen Opfer in Ravensbrück an der Stelle niedergelegt, an der vor mehr als 60 Jahren der Rauch des Krematoriums den Himmel verdunkelte.

Eine sachkundige und engagierte Führung über das Gelände der Gedenkstätte in Ravensbrück vermittelt uns einen Eindruck von der Dimension industrieller Menschenvernichtung, aber auch von den vielen Beispielen menschlichen Handelns unter unmenschlichen Bedingungen. Wie stark Internationalismus den Willen zum Überleben und Widerstand prägt, wird deutlich, wenn man sich die Gedenkräume der Länder und Nationen anschaut: Dort gibt es keine Grenzen!

Ravensbrück: Opfer und Täter werden fassbar

Die Gestaltung der Ausstellung vermittelt einen differenzierten Blick auf das Vorgehen bis zum Massenmord. Dabei werden die Opfer gewürdigt, aber auch die Täter als Personen fassbar. Die Ausstellung »Im Gefolge der SS-Aufseherinnen im Frauen-KZ Ravensbrück«, untergebracht in ehemaligen Unterkunftshäusern des weibli-

chen Bewachungspersonals beschäftigt sich mit der Stellung der Aufseherinnen in der KZ-SS, ihrer Rekrutierung und Ausbildung, ihren Aufgaben, Handlungsspielräumen, Karrieren und Verbrechen. Themen sind u.a. die juristische Aufarbeitung in den Besatzungszonen, der Bundesrepublik und der DDR und die Integration der ehemaligen Aufseherinnen in den beiden Gesellschaften.

Auf dem Weg zum Haus der Wannseekonferenz haben wir Halt gemacht an dem Mahnmal zur Deportation Berliner Juden am ehemaligen Standort der Synagoge in der Levetzowstraße, einem der

Levetzowstraße: Wo die Fahrt in den Tod begann

Sammelpunkte zum Abtransport in die Lager. In gelungener Einheit wird in der Form des Mahnmals aus dem Jahre 1988 deutsche Pedanterie und dem so ausgelösten menschlichen Leid ein Bild gegeben: Bis in die Höhe der ehemaligen Synagoge ragt ein Verzeichnis in den Himmel, auf dem taggenau die von den Berliner Bahnhöfen abgegangenen Züge in die Vernichtungslager des Ostens mit den Opferzahlen aufgeführt sind.

Hinter einer Schwelle mit den Reliefs aller Berliner Vereins- und Gemeindesynagogen quält sich über eine stilisierte Rampe eine in Eisen geschnürte Menschengruppe in einen bereitstehenden Waggon. Nur noch ihr Umriss hat menschliche Züge; die »Verwandlung« in eine Nummer macht sie gesichtslos. Der Waggon ist schon mit einer Menge ebenso erbärmlicher Gestalten gefüllt.

Um die Welt gegangen sind die Bilder von den Gleisen, die in den Tod führen. Wer kennt nicht die Rampen von Buchenwald, Auschwitz und vielen anderen Todesorten? Vielen hat sich das Bild des einfahrenden Zuges in dem Film »Das Leben ist schön« eingeprägt. Wo hat aber die Fahrt begonnen? In unmittelbarer Nähe der Synagoge Levetzowstraße ist der Güterbahnhof Moabit. Dorthin wurden Tausende Todgeweihte zu Fuß oder auf



Eine Treppe führt ins Nichts: Mahnmal für die Deportierten am Bahnhof Moabit.

Bild: Christine Bohse

Lastwagen getrieben, am helllichten Tag, unter aller Augen, über große Straßenkreuzungen und enge Wohngebiete, und nach minutiösen Fahrplänen der Deutschen Reichsbahn in die Todeslager im Osten transportiert. Die Kosten für die Fahrt in ihren Tod mussten die Deportierten selbst entrichten. Vier Pfennig pro Person pro Kilometer – der Tarif für Fahrten in der 3. Klasse. Kinder unter zehn Jahren kosteten die Hälfte, Kinder unter vier fuhren umsonst. Ab 400 Personen wurden Preisnachlässe gewährt.

Wannsee: Bürokraten organisierten den Tod

Auf der großen Brücke, die das Gelände des Bahnhofs Moabit überspannt, symbolisiert ein Mahnmal von Volkmar Haase aus dem Jahr 1987 den Weg ohne Zukunft: eine im Nirgendwo verschwundene Treppe.

Historisch zwar am Anfang, in unserer Fahrt aber am Ende: Der Besuch der Ausstellung im Haus der Wannseekonferenz. Die Umge-

bung am Wannsee ist Symbol für Beschaulichkeit, Vergnügen, Erholung, Wohlstand. Was hat sich da wohl in der Zeit des Faschismus abgespielt? Jüdische Nachbarn verschwanden spurlos – und keiner hat danach gefragt. Und in dieser Umgebung waren Bürokraten des Mordes am 20. Januar 1942 damit befasst, die Endlösung der Judenfrage zu organisieren – mit deutscher Gründlichkeit!

Jean Améry, Überlebender von Auschwitz, der sich 1978 das Leben nahm, schrieb bereits 1966 über den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte: »Alles wird untergehen in einem summarischen 'Jahrhundert der Barbarei'. Als die wirklich Unbelehrbaren, Unversöhnlichen, als die geschichtsfeindlichen Reaktionäre im genauen Wortverstande werden wir dastehen, die Opfer, und als Betriebspanne wird schließlich erscheinen, dass immerhin manche von uns überlebten.«

Jean Améry hat sich als weise erwiesen. In diesem Sinne lasst uns als Antifaschisten die wirklich Unbelehrbaren, Unversöhnlichen sein!

Dr. Gustav Peinel

Kein Bezug zu Rudolf Heß?

München: Behörden verhelfen Neonazis zu Erfolgserlebnis

Im Internet jubelten die Neofaschisten über die »einzige in der BRD zugelassene Mahnwache zum Gedenken an Rudolf Heß« und verbreiteten den Aufruf: »Setzen wir ein Zeichen, das München immer noch die Hauptstadt der Bewegung sein kann!«

Nachdem das antifaschistische Dokumentationsarchiv a.i.d.a. dies in einer Presseerklärung öffentlich gemacht hatte, sah sich die zuständige Behörde in der Landeshauptstadt doch noch genötigt, ein Verbot der bereits genehmigten Nazi-Mahnwache am 17. August auf dem Marienplatz auszusprechen. Erlaubt aber blieb eine Alternativanmeldung am Karlsplatz/Stachus unter dem Titel »365 Tage Meinungsfreiheit«. Zwar stand im Auftragsbescheid ausdrücklich, dass es bei dieser Veranstaltung keinen Bezug zu Rudolf Heß geben dürfe.



Gegendemonstranten von ver.di und VVN-BdA.

Bilder: Antoni

Aber es kam anders.

Wie es kommen würde, hatte Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde, vorausgesehen: »Selbst wenn nun für

diesen Aufmarsch am Karlsplatz jeder Bezug auf den Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher Rudolf Heß verboten wurde, haben die Rechtsextremen genug perversen Symbolismus entwickelt, um

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gräfenberg: Marktplatz bleibt nazifrei

Nach den dubiosen »Rechts«-urteilen der Verwaltungsgerichte, die den Nazis in Gräfenberg eine »Ersatzveranstaltung« für Wunsiedel genehmigt hatten, war die Spannung groß.

Auf dem Marktplatz hatten sich am 18. August bis 16 Uhr an die 1000 Gegendemonstranten bei »Zwa Braune in am Weckla« am Würstchenstand und bei anderen Aktivitäten versammelt. Eine tolle Moderation gab es und gute Reden von verschiedenen Seiten. Bunte Unterhaltung mit politischem Akzent.

Zu dieser Zeit hätten wir den Marktplatz räumen müssen. Die Polizei hatte mehrmals dazu aufgefordert. »Wir bleiben da!«, skandierten die Demonstranten – keiner verließ den Platz. Ab 16.45 Uhr marschierten rund 250 Neofaschisten vom Bahnhof heran.

Obwohl ihnen per Gerichtsbeschluss der Marktplatz von 17 Uhr an zugesagt war, konnten sie ihren Senf nur an der Kreuzung davor abschmieren. Gegen 21 Uhr gaben sie frustriert auf. Auf dem Marktplatz standen die Gegendemonstranten bis 22 Uhr.

Alles verlief weitgehend friedlich. Die Gräfenberger Bürger (»Wir brauchen keine Rattenfänger« stand auf einem ihrer Transparente) gingen gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Sehr mutig zeigten sich dabei Bürgermeister Werner Wolf und das Bürgerforum »Gräfenberg ist bunt«, die sich vor den Gerichten weit aus dem Fenster gelehnt hatten. Die Polizei verhielt sich bei der hohen Zahl von Gegendemonstranten verhältnismäßig zurückhaltend.

Und es gab insgesamt eine sehr gute Berichterstattung in Zeitungen und Fernsehen. Auch diese bundesweite Medienunterstützung hat geholfen, der Demokratie in Gräfenberg den Rücken zu stärken – und wird dies bei den zu erwartenden weiteren Naziattacken auf Gräfenberg hoffentlich auch künftig tun.

Günter Pierdzig

Wunsiedel: Bunt und politisch breit

Statt brauner Horden demonstrieren Demokraten Einigkeit

Am »Tag der Demokratie«, der im von den braunen Heß-Verherrern abermals verschonten Wunsiedel am 18. August stattfand, sprach als Hauptredner Bundesminister Horst Seehofer (CSU). Wir dokumentieren einige Auszüge aus dem »Donaukurier«, ohne dessen Bewertung der VVN zu teilen.

»In Wunsiedel geht es darum, unmissverständlich gegen den Rechtsextremismus Stellung zu nehmen. Seehofer tut das in klaren Worten. So manches CSU-Mitglied hatte damit aber durchaus Probleme, auch in Wunsiedel.

Heute allerdings zieht hier ein breites Bündnis von der CSU bis hin zur Linkspartei und der kommunistisch angehauchten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an einem Strang – mit Erfolg. Aber es hat eine Zeitlang gedauert, bis sich lokale CSU-Gliederungen vorbehaltlos diesem Bündnis angeschlossen haben. Und es ist noch nicht lange her,

dass andernorts, zum Beispiel in Regensburg, die CSU sich parteiübergreifenden Aktionen gegen rechtsextremistische Umtriebe verweigert hat. Eine Tatsache, die Seehofer bedauert und für einen Fehler hält.

In Wunsiedel stehen an diesem Tag Infostände der SPD, der Jusos, der Grünen, der CSU und der JU einträchtig neben denen der Linkspartei und der VVN. Aber auch andere Verbände und Organisationen wie der örtliche Rotary-Club bekennen sich zum Wunsiedler Bündnis gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Menschenwürde. Eine Stütze, geradezu eine Keimzelle des Widerstands gegen die Neonazis, sind die beiden großen Kirchen, die am Samstag in der Wunsiedler Stadtkirche einen ökumenischen Friedensgottesdienst feiern. (...)

Ein bemerkenswerter Mann ist der Wunsiedler CSU-Bürgermeister Karl Willi Beck. Er hält eine flammende Rede gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlich-

keit, beschwört den gesellschaftlichen Konsens und ruft unter großem Beifall: »Wir dulden in dieser Stadt keinen Fremdenhass mehr!« (...)

Seehofer fordert die Jugend auf, sich nicht zum Werkzeug rechtsextremer Rattenfänger machen zu lassen. In diesem Sinne äußern sich auch die Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler (SPD), Monika Lazar (Die Grünen) und Eva Bulling-Schröter (Die Linke). Viele Wunsiedler Jugendliche setzen diese Aufforderung in die Tat um. Sie fuhren am Samstag ins 100 Kilometer entfernte Gräfenberg, um dort gegen die Invasion der Neonazis zu kämpfen. Mit Erfolg. Zusammen mit Gräfenberger Bürgern verteidigten sie den Marktplatz getreu der Strategie, öffentliche Räume zu besetzen. »Wir brauchen keine Helden, wir brauchen Menschen mit Zivilcourage«, fordert Seehofer in seiner Rede in Wunsiedel. Genau mit dieser Zivilcourage werden in Gräfenberg die Neonazis in die Schranken verwiesen.«

Gedenktour im Grenzgebiet

Auf den Spuren eines Todesmarsches in Bayern und Tschechien

Die Idee hatte Luise Gutmann von der VVN-BdA Regensburg. Der Weg eines KZ-Todesmarsches von Frauen und Mädchen aus dem Flossenbürg-Außenlager Helmbrechts bei Hof bis ins tschechische Volary (früher Wallern) sollte im wahrsten Sinne des Wortes im Laufe einer Woche erfahren werden.

Am 30. Juni brach eine neunköpfige Gruppe in Helmbrechts auf, fünf davon mit dem Fahrrad, der Rest im Auto.

Als sich im April 1945 von Westen die amerikanischen Truppen näherten, wurde das Lager in

Helmbrechts geräumt. 1170 Häftlinge, zum großen Teil Jüdinnen aus Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Ungarn und Deutschland wurden unter SS-Bewachung zu Fuß auf den Weg in das Lager Zwodau (Svatava) bei Falkenau (Sokolov) im sogenannten Sudetengau geschickt. Ein Teil der Frauen blieb dort, der größere Teil wurde zusammen mit Häftlingen aus Zwodau weiter nach Süden getrieben. Bis Wallern, zum Teil noch ein Stück weiter in Richtung Prachatitz (Prachatice), wo die wenigen noch Lebenden am 4. und 5. Mai befreit wurden. Nicht einmal 200 von den 1170 Frauen überlebten die Torturen.



Gedenkfeier am Todesmarsch-Friedhof in Volary.

Bild: Luise Gutmann

Ziel der Gedenktour war es, Erinnerungsstätten an den Todesmarsch und andere Orte, an denen der Opfer des Faschismus gedacht

wird, in Bayern und Tschechien aufzusuchen, Gespräche mit Einheimischen und Zeitzeugen zu
(Fortsetzung auf Seite 5)

Kein Bezug zu Rudolf Heß?

(Fortsetzung von Seite 3)

zwar nicht offen, aber durch Symbole auf ihn hinzuweisen.« Das sagte sie der »Abendzeitung«. Und: »So ein Verbot ist Augenwischerei.«

Der »perverse Symbolismus« war am Stachus unübersehbar. Schwarze Trauerfahnen neben NPD-Bannern und ein Transparent der Jungen Nationaldemokraten: »Mord verjährt nicht. In stillem Gedenken.« Ein unmittelbarer Bezug zur faschistischen Legende, der Hitler-Stellvertreter Heß habe sich im Spandauer Gefängnis nicht umgebracht, sondern sei von den »Besatzern« ermordet worden.

Von mehreren Gegendemonstranten (unter ihnen der KZ-Überlebende Martin Löwenberg und Marian Offmann, stellvertretender Vorsitzender der Israelitischen

Kultusgemeinde und CSU-Stadtrat in München) auf dieses Transparent hingewiesen, reagierten die

Heß-Verehrung trotz Verbot

Verantwortlichen von Kreisverwaltung und Polizei erst nach über einer Stunde. Das Heß-Transparent wurde konfisziert, doch die Kundgebung keineswegs abgebrochen.

So konnten führende Figuren aus bundes- und bayernweiten NS- und NPD-Zusammenhängen wie der Nazianwalt Jürgen Rieger stundenlang ungehindert ihre Propaganda verbreiten. Immer wieder bezogen sie sich in ihren Beiträgen zur »Meinungsfreiheit« (auf einem Transparent dazu: »Enteignet die Besatzerpresse«) kaum verschlüs-

selt auf Rudolf Heß.

An die tausend Gegendemonstranten – dabei die ver.di-Jugend und die VVN-BdA – vor den Absperrgittern sorgten zwar lautstark dafür, dass eine größere Öffentlichkeit von den braunen Tiraden verschont blieb. Den innerhalb der Absperrung anwesenden Ordnungshütern aber kann von den Reden kein Wort entgangen sein. Sie schritten dennoch nicht ein – und sorgten am Ende der Kundgebung dafür, dass die rund 150 Neofaschisten am späten Abend unter massivem Polizeischutz in den Stachus-Untergrund und die S-Bahn geleitet wurden.

»Diese Stadt hat Nazis satt«?

Es hat also funktioniert mit der Heß-Kundgebung in der einstigen »Hauptstadt der Bewegung«. Der Münchner Kreisverwaltungsreferent und die Polizei-Einsatzleitung hätten sie von Anfang an – nach dem Entfalten der Nazi-Transparente oder spätestens beim ersten Redebeitrag – auflösen können. Sie haben es nicht getan. So haben sie den Neonazis bei ihrem »Kampf um die Straße« mehr geholfen, als diese das wohl selbst erhofft hatten. Die Faschisten kön-

nen und werden das – nicht zuletzt angesichts ihrer Niederlagen in Wunsiedel und Gräfenberg – auf ihrer Erfolgsliste verbuchen.

Bleibt abzuwarten, ob Oberbürgermeister und Stadtratsmehrheit, die nicht nur bei der Olympiabewerbung unermüdlich die Toleranz und Weltoffenheit einer Stadt preisen, nach diesem Skandal Konsequenzen ziehen. Das wären zuerst einmal personelle: einen Kreisverwaltungsreferenten betreffend, dessen (wohlwollend formuliert) formaljuristische Zögerlichkeiten nicht zum ersten Mal dazu geführt haben, dass das gern gezeigte offizielle Rathaus-Transparent »Diese Stadt hat Nazis satt« zur Farce wird. Konservativer regierte Städte und Gemeinden haben inzwischen bewiesen, dass man auch anders kann. Man muss nur wollen.

Für das fehlende Vorgehen der Polizei ist wiederum der Freistaat verantwortlich. Und der wollte auch nicht. Innenminister Beckstein hatte zwar am Vortag noch das Gerichtsurteil kritisiert, das den Nazis erlaubte, in Gräfenberg eine »Wunsiedel-Ersatzveranstaltung« zu machen. Deren Aufmarsch in der Landeshauptstadt interessierte den designierten bayerischen Ministerpräsidenten augenscheinlich weniger.

Ernst Antoni



Um wen geht es hier?
Transparent der Nazis in München.

Der junge Widerstand

»Keiner darf vergessen sein« – VVN-BdA erinnert an Helmuth Hübener und die anderen

Die Berliner VVN-BdA und die VVN-BdA NRW erinnern an Helmuth Hübener. Sie ehren ihn stellvertretend für alle anderen jungen Widerstandskämpfer, für die Deserteure und weiteren jungen Opfer der NS-Militärjustiz. Denn sie blieben unbekannt.

Allein rund 50 junge unbekannte zum Tode Verurteilte gab es in der Periode des Kampfes und Verfolgung der Weißen Rose von Som-

mer 1942 bis Herbst 1943. Von 1933 bis 1945 wurden 268 Jugendliche von Sondergerichten und Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet. Mindestens 20000 Soldaten, die den Vernichtungskrieg nicht mehr mitmachen wollten, wurden erschossen.

Das jüngste Opfer unter den vom Volksgerichtshof verurteilten und in Plötzensee hingerichteten Widerstandskämpfern war der damals 17jährige Verwaltungslehrling Helmuth Hübener.

Helmuth Hübener

war Angehöriger der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen). Als 16-Jähriger verbreitete er in Hamburg Nachrichten des Londoner Rundfunks und nazikritische Flugblätter. Im Sommer 1942 wurde er verhaftet und am 27. Oktober 1942 im Alter von 17 Jahren in Berlin-Plötzensee hingerichtet.



Die VVN-BdA Berlin, die VVN-BdA NRW sowie Mitglieder der Mormonen erinnern an

Helmuth Hübener (1925-1942) – Jugend im Widerstand: Edelweißpiraten, Meuten, Mormonen, Kommunisten, Sozialisten, Christen, Deserteure...

**26. Oktober, 19 Uhr,
Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Strasse 4**

Mit **Jean Jülich**, Edelweißpirat (angefragt); **Heinz Koch**, Hallenser Meuten; **Prof. Dr. Alan Keele**, Literaturwissenschaftler aus Provo/Utha (USA), Hübener-Biograph; **Ulrich Sander**, Autor von »Jugendwiderstand im Krieg«; **Erwin Schulz**, Widerstand von Arbeitersportlern. Moderation: **Dr. Hans Coppi**.

Zudem: **Ausstellung »Noch minderjährig – brutal hingerichtet«** des Paul-Singer-Vereins und der Georg-Werth-Oberschule.

Die Veranstalter rufen außerdem auf zum
**Gedenken und Erinnern an Helmuth Hübner
und die anderen, alle
27. Oktober, 11 Uhr, Gedenkstätte Plötzensee**

Gedenktour durchs Grenzgebiet

(Fortsetzung von Seite 4)

führen und mit öffentlichen Aktionen an die Opfer zu erinnern. Das gelang eindrucksvoll. In der kleinen Stadt Schwarzenbach etwa, in der vor einigen Jahren mit Unterstützung der VVN-BdA ein kleines Erinnerungsmuseum an den Todesmarsch eingeweiht wurde, fand eine politisch-kulturelle Veranstaltung im Freien mit Bürgermeister Alexander Eberl (SPD) und der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Scharfenberg (Grüne) statt, an der sich über 100 Bürger beteiligten.

Auch an anderen Orten begrüß-

ten Gemeindeoberhäupter die Teilnehmer der Gedenktour und begleiteten sie zu den Erinnerungstafeln und -mahnmalen. So in Helmbrechts der erste und dritte Bürgermeister Manfred Mutterer und Ste-

DGB koordinierte die Fahrt

phan Pöhlmann (beide SPD), in Rehau Bürgermeister Michael Abraham (CSU). Auch in Tschechien, in Asch etwa oder in Hazlov, gab es Empfänge in Rathäusern und Grußworte von Bürgermeistern.

Ernst Grube, Theresienstadt-Überlebender und Landessprecher der VVN-BdA Bayern, war bei der ganzen Tour mit dem Fahrrad dabei, andere Zeitzeugen warteten an den Stationen der Fahrt. So gab es in Neuhausen, direkt an der tschechischen Grenze, eine Veranstaltung mit Lorenz Knorr und Eva

Rössner. Knorr berichtete über seine Widerstandstätigkeit als junger Sozialdemokrat in Eger (Cheb), Eva Rössner erzählte von ihrem Vater, der als »schwarzer Max« die antifaschistische »Grenzarbeit« der Kommunisten vor dem Münchner Abkommen organisiert hatte.

Besonders beeindruckt waren die Teilnehmer der Tour vom Denkmal des tschechisch-deutsch-jüdischen Zusammenlebens in der ehemaligen Synagoge von Hartmanice und von der Friedhofs-Gedenkstätte in Volary. Dort sind 95 jüdische Frauen beigesetzt, die den Nazis zum Opfer fielen. Für jede gibt es einen Stein und von den meisten der dort Beigesetzten konnten – dank der Nachforschungen engagierter Einwohner der Region – inzwischen die Namen ermittelt und eingraviert werden.

Zum Gelingen der Gedenktour trug nicht zuletzt Herbert Schmid vom DGB Ostbayern bei, der das Projekt koordinierte und das Begleitfahrzeug mit Fahrradanhänger lenkte.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Hans Grönlinger, Stadtbergen, 94 Jahre; Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 85 Jahre; Ruth Steinführer, München, 81 Jahre; Hans E. Schmitt-Lermann, München, 65 Jahre; Birgit König, München, 60 Jahre; Barbara Wangerin, München, 60 Jahre.

Oktober: Hans Wiesbauer, München, 95 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 80 Jahre.

Redaktion: Ernst Antoni

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Er nimmt sich Zeit für die Jugend

Unser Ehrenvorsitzender Erwin Schulz wird 95

Wenn Erwin mal bei einer Demo, Veranstaltung oder am Info-Stand nicht zu sehen ist, kommt die Frage: Ist er krank? Nein, er ist dann meist in Heideruh oder in Esterwegen. Oder in einer Schule.

Erwin Schulz wurde am 13. Oktober 1912 in Berlin geboren und lernte Verkäufer.

Frühzeitig interessierte er sich für Politik, trieb er Sport bei Fichte, einem Arbeitersportverein, sang im Chor und lernte Esperanto. Als die Nazis an die Macht kamen, hielt er auf einer Kundgebung in Mariendorf eine kurze Ansprache, ohne verhaftet zu werden. In Tempelhof leitete er bald eine illegale Fünfergruppe: »Wir, fünf junge Fichte-Sportler der Leitung des von den Nazis verbotenen Sportvereins, benutzten die Musikabende, um uns heimlich zu treffen. Zwar waren wir im bürgerlichen Männerturnverein untergeschlüpft und verhielten uns äußerst diszipliniert, jedoch sollte unser Schrei gegen die Nazi-Herrschaft viele Menschen erreichen. ... Vorwiegend entwarfen wir Texte für unsere Flugblätter. Meine Schwester schrieb die Matrizen.«

Am 1. Mai 1933 trafen sich junge Sportler zu einer Gegenkundgebung am Schwärzefließ, aus Protest gegen den Beschluss der Gewerkschaftsführung, an der Mai-Kundgebung der Nazis auf dem Tempelhofer Feld teilzunehmen. Als die jungen Leute bei einer Wanderpause in einem Restaurant sangen, spendeten die Gäste, darunter auch SA-Angehörige, für die Sänger. Mit dem Geld unterstützten sie inhaftierte politische Gefangene.

In Papenburg dabei

Durch Verrat flog die »Kampf-gemeinschaft Rote Sporteinheit« 1935 auf. Erwin erhielt wegen »Hochverrats« 5 Jahre Zuchthaus und kam zunächst in das Zuchthaus Luckau und 1937 in das Strafgefangenenlager Börgermoor. Dort begannen sofort Schikanen der SA-Bewacher. Die Solidarität un-

ter den Gefangenen half, die Mißhandlungen zu ertragen. Bis 1940 musste er in den Lagern Esterwegen und Aschendorfer Moor unter schwersten Bedingungen schuften.

Nach seiner Entlassung stand er unter Polizeiaufsicht und wurde 1942 für das Strafbataillon 999 zwangsrekrutiert. Ehemalige politische Gefangene waren für die Nazis »unsichere Kantonisten« und sollten im Krieg verheizt werden. Erwin Schulz kam zur »Afrika-Division«, überlebte und kehrte 1946 nach amerikanischer und britischer Gefangenschaft zurück. In Berlin wurde er mit seinen Kameraden vom Vorsitzenden des Hauptausschusses Opfer des Faschismus, Ottomar Geschke, empfangen.

Regelmäßig fährt Erwin zu den Treffen ehemaliger Moorsoldaten in Papenburg und nimmt dazu auch junge Leute mit. Seit vielen Jahren ist er in Berlin gefragter Gesprächspartner für Schüler, Studenten und Historiker. Man kann die berühmte Stecknadel fallen hören, wenn er in seiner einfachen, ruhigen und dadurch sehr überzeugenden Art berichtet, woher er den Mut zum Widerstand nahm, wie er Solidarität übte und selbst erfuhr. Als Schlussfolgerung seines bewegten Lebens fehlt nie die Aufforderung, immer wieder gegen Rassismus und Neonazismus aufzutreten. Ein Lehrer verabschiedete ihn mit den Worten: »Bleiben Sie bloß gesund, solche wie Sie brauchen wir dringend.«

Für sein Engagement unter der Jugend erhielt Erwin die Bürgermedaille unseres Bezirks Treptow-Köpenick. In diesem Jahr ehrte ihn die Gewerkschaft Ver.di für 80jährige Mitgliedschaft. Junge Mitglieder begleiteten ihn zum Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager. Ihre gemeinsamen Erlebnisse und ein Interview sind zu finden unter www.agrexive.de.

Zeit nimmt sich der Freund der Jugend aber auch für seine Altersgenossen. Seit Jahren kassiert und betreut er noch sieben VdN-Kameraden im Köpenicker Allende-Viertel.

Nicht zu vergessen: Zu DDR-Zeiten kümmerte sich Erwin um Gedenktafeln für Opfer des Fa-

schismus und setzte sich für den Aufbau der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche ein.

Die Kameraden der VVN-BdA Köpenick haben obige Biographie

geschrieben und sie schließen mit den Worten: »Wir wünschen Erwin viel Gesundheit und Kraft; auch weiter mittendrin zu sein, das hält ihn jung!«

Paten für Stolpersteine gesucht

Ehrung der Gruppe Saefkow-Jakob-Bästlein



Jugendgruppe mit Wanderung und Schulung, Ostern 1944. Herbert Fölster, Elfriede Eidberger, Willi Betsch, Edith Weiss und Bernd (Nachname unbekannt).

Die Berliner VVN-BdA plant im Jahre 2008 mit einer Ausstellung, einem Begleitkatalog und der Verlegung von 50 Stolpersteinen eine der größten Widerstandsorganisationen aus der Berliner Arbeiterbewegung dem Vergessen zu entreißen.

Mehr als 400 Frauen und Männer gehörten der Widerstandsgruppierung um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein an. Circa 200 von ihnen waren vor 1933 in der KPD und 22 in der SPD bzw. der SAP organisiert, viele waren parteilos, jede vierte war eine Frau.

284 von ihnen wurden im Sommer 1944 verhaftet, 194 vom Volksgerichtshof oder von anderen Sondergerichten verurteilt, 104 der Verurteilten Ende 1944/Anfang 1945 hingerichtet oder starben während der Haft und in Konzentrationslagern. Weitere Verhaftungen fanden in Leipzig, Dresden, Magdeburg und Thüringen statt. Mehr als Hundert Mitstreiter entgingen der Verhaftung.

50 Stolpersteine in acht Berliner Bezirken sowie in Bernau, Bergfelde und Teltow sollen an die ermordeten und verstorbenen Frauen und Männer erinnern, die bisher keine öffentliche Würdigung erfahren haben.

Die Verlegung der Stolpersteine und die Ausstellung werden sichtbar machen, dass der Widerstand gegen das Naziregime aus den Handlungen vieler einzelner entstand und sich in vielfältigen Formen äußerte. Insbesondere junge Menschen, aber auch Anwohner sollen angesprochen und zugleich in die Vorbereitung einbezogen werden.

Bärbel Schindler-Saefkow, Susanne Riveles und Annette Neumann, deren Väter wegen ihres Mitarbeit in der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe zum Tode verurteilt wurden, bereiten dieses große Projekt vor. Sie suchen Angehörige und andere, die noch Auskünfte geben können, Fotos, Dokumente oder Erinnerungen haben, um das Leben und den Widerstand lebendig und anschaulich werden zu lassen.

Für die Verlegung 50 Stolpersteine suchen wir noch Paten, Spenden und Sponsoren.

Hans Coppi

Kontakt: Bärbel Schindler-Saefkow, Platz der Vereinten Nationen 7, 10249 Berlin, Tel.: (030) 4265290, E-Mail: saefkow-berlin@t-online.de

Spendenkonto: Berliner VVN-BdA, Kontonr: 315904105 bei der Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Stichwort: Stolperstein.

Die Partei der braunen Rentner

DVU darf Part im Deutschlandpakt spielen

Die Deutsche Volksunion »hat einstimmig beschlossen, dass die DVU zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 antritt«. Das erklärte Gerhard Frey am 14. August. Die Kandidatur sei unabhängig von der Unterstützung durch NPD und Freie Kameradschaften.

Sicher ist sicher, dachte sich der Parteivorstand und führte den vorbereitenden Hamburger Landesparteitag am 7. Juli in Rastow bei Schwerin durch. Etwa einhundert DVU-Mitglieder, zumeist »Gäste« und Mitglieder der DVU aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nahmen daran teil. In

Hamburg darf die DVU im Rahmen des Deutschlandpaktes zur Bürgerschaft Ende Februar 2008 kandidieren. Eine Beteiligung der NPD, auch auf einzelnen Listenplätzen, ist eher unwahrscheinlich. So lächerlich der Landesparteitag der DVU Hamburg fern der Heimatstadt auch war und so schlecht die Truppe aufgestellt ist, für Entwarnung gibt es keinen Grund. Die DVU macht traditionell keinen Straßenwahlkampf wie beispielsweise die NPD, sondern überschwemmt mittels Freys Millionen, Briefkästen mit ungewollter Post und die Straßen mit massenhaften Plakaten.

Die Infostände der NPD, welche in den Hamburger Randgebieten mindestens alle 14 Tage stattfinden,

haben eventuell den entsprechenden braunen Boden bereitet. In Bremen konnte die DVU, obwohl sie dort auch schlecht aufgestellt ist, im Mai einen halben Prozent dazu gewinnen (insgesamt 2,74 Prozent) und mittels eines besonderen Wahlmodus über Bremerhaven wieder in die Bürgerschaft einziehen. In mehrere Stadtteilbeiräte, vergleichbar den hiesigen Bezirken, konnte sie ebenfalls einziehen. In Bremen wurden gezielt Jungwählerinnen und Jungwähler angeschrieben, eine (schlechte) Schulhof-CD produziert und eine Großveranstaltung durchgeführt. Die rechtspopulistischen Konkurrenten waren in Bremen, obwohl sie teilweise mehr Aufmerksamkeit bekamen, weniger erfolgreich.

ger erfolgreich.

1997 verpasste die DVU nur um 0,2 Prozent den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft, wurde jedoch in Mitte, Wandsbek, Bergedorf und

Freys teurer Wahlkampf

Harburg in die Bezirke gewählt. Ein besseres Wahlergebnis hat weder davor noch danach je eine neofaschistische Partei in Hamburg erzielt. Um vier Jahre später endgültig den Durchbruch zu schaffen, war Frey 2001 der Wahlkampf nach realistischen Schätzungen mehr als 2 Millionen DM wert. (SPD 1,5 Mio. DM und CDU 800 000 DM). Ein Stadtstaat wie

(Fortsetzung auf Seite 8)

BERLIN

»...zur kleinsten Schar/...with a chosen few«

In memoriam Mildred Harnack-Fish

Am 19. Juli eröffnete die Gedenkstätte Deutscher Widerstand die zweisprachige Ausstellung »In memoriam Mildred Harnack-Fish«.

Der Essener Künstler Franz Rudolf Knubel hatte sich auf Spurensuche nach der einzigen amerikanischen Staatsbürgerin begeben, die wegen ihres Widerstands gegen das Nazi-

regime an der Universität Madison zufällig den deutschen Stipendiaten Arvid Harnack kennen. Bald darauf heirateten sie und zogen 1929 nach Deutschland. Als erste Frau lehrte sie 1931/32 an der Berliner Universität amerikanische Literaturgeschichte, dann an einem Abendgymnasium und später an einer Berliner Volkshochschule. Zunehmend interessierte sie sich für politische Fragen, bewegte sich nach links. Unter Leitung ihres Mannes gründete sie mit einigen ihrer Schüler 1932 einen Schulungszirkel, der seine Tätigkeit nach 1933 fortsetzte.

Die Hitler-Gegnerin nutzte ihre guten Beziehungen zur amerikanischen Botschaft, beschaffte Reden amerikanischer Politiker und in Deutschland nicht veröffentlichte Informationen, die sie an Gleichgesinnte weitergab. Sie half Familien von Verfolgten des Naziregimes, knüpfte Kontakte zu nazikritischen Bekannten, gewann einige für eine aktive Widerstandstätigkeit und unterstützte die illegale Tätigkeit ihres Mannes. Immer wieder veröffentlichte sie Reporta-

gen, übersetzte amerikanische Gegenwartsauteoren und promovierte 1941 an der Universität Gießen. Die Möglichkeit, Deutschland mit ihrem amerikanischen Pass noch im Jahre 1941 zu verlassen, schlug sie aus.

Gemeinsam mit ihrem Mann wurde sie am 7. September 1942 von der Gestapo festgenommen, dem Fahndungskomplex »Rote Kapelle« zugeordnet und im Dezember 1942 vor das Reichskriegsgericht gestellt. Im ersten Prozess

Noch am Hinrichtungstag: Arbeit an Goethe-Texten

zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, ordnete Hitler einen neuen Prozess an, in dem Mildred Harnack am 16. Januar 1943 zum Tode verurteilt und am 16. Februar 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde.

»... und ich habe Deutschland so geliebt«, waren ihre letzten Worte.

Die Goethe-Gedichte, einige übersetzte sie noch am Tage ihrer Hinrichtung, waren Ausgangs-

punkt der Erinnerungsarbeit für Franz Rudolf Knubel. Zu sehen sind Fotografien ihrer Berliner Wohnorte, dem Ferienhaus auf der Kurischen Nehrung, wo sie und ihr Mann verhaftet wurden und Aufnahmen eines Projektkurses in der Mildred-Harnack-Schule in Lichtenberg. Beeindruckend sind Frottagen, Abreibungen mit Graphit auf weißem Papier von dem Fußboden im Hinrichtungsraum der Gedenkstätte Plötzensee und dem Stein ihres Ehrengrabes in Berlin. Die biographische Dokumentation über Mildred Harnack, mit zahlreichen Fotos und persönlichen Dokumenten, bietet vertiefende Informationen in deutscher und englischer Sprache.

Hans Coppi

Die Ausstellung ist in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand bis zum 10. Januar 2008 zu sehen.



Mildred Harnack um 1930

Regime hingerichtet wurde.

1902 geboren, wuchs Mildred Harnack-Fish in Milwaukee im US-Staat Wisconsin auf. 1926 lernte die Literaturwissenschaftle-

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030) 29 78 41 78

Fax: (030) 29 78 43 78

Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>

E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Partei der braunen Rentner
(Fortsetzung von Seite 7)

Hamburg, hat für Fey den Vorteil, dass er hier seinen kostenintensiven Wahlkampf auf enger Fläche bündeln kann, ohne auf einen Parteiapparat angewiesen zu sein. Die DVU scheiterte dennoch 2001 - an dem Konkurrenten Schill-Partei. Deren Möchtegern-Nachfolger »HeimatHamburg« und »Zentrumspartei«, dürften nach der PRO-Pleite wenig Erfolg haben, ihre Führer wirken wie ein billiger Abklatsch von »Richter Gnadenlos«, sie haben keinen Apparat und keine Millionen wie Frey und keine Unterstützung durch die Springer-Presse und das hanseatische Bürgertum wie einst Schill.

Demagogische Schlagworte

Ihren inhaltlichen Schwerpunkt wird die Frey-Truppe auf die soziale Demagogie im Geiste des »Kleinen Mannes« legen. Unter den Schlagworten: »Mehr Demokratie«, »Arbeit statt Zuwanderung«, »Geld für Deutsche statt Bundeswehr im Ausland«, »Stopp der Privatisierungen« und »Hamburg sagt Nein zum Ausverkauf der Deutschen Bahn!« sieht sie »in zahlreichen Punkten Übereinstimmung mit den jüngst vom Hamburger DGB vorgelegten 'Anforderungen an die Wahlprogramme der Parteien zur Bürgerschaftswahl 2008'«. Aber sie versumpfe »nicht in internationalistischer Beliebigkeit«, sondern »schaue in allererster Linie auf die Interessen der Deutschen! Und das ist der Unterschied, auf den es ankommt.« Dem bleibt von unserer Seite nichts hinzuzufügen!

Die eigentliche Gefahr der extremen Rechten bei der Bürgerschaftswahl geht diesmal also von der DVU aus. Ihr Wahlkampf über Post und Plakate erfordert eine andere antifaschistische Strategie als der »Kampf um die Strasse« gegen NPD und ihre Lakaien. Antifaschistische Aufklärung, der Kampf für gleiche politische und soziale Rechte, gegen Rassismus und Spaltung muss vor allem in die Randbezirke in Hamburgs Osten und Süden getragen werden. Hier haben seit Jahrzehnten Neofaschisten jeglicher Couleur die meisten Stimmen bekommen. **Felix Krebs**

Die Erinnerung kommt zum Zuge

Hamburger AG »11 000 Kinder« erinnert an Deportationen

Drei Jahre war die bundesweite Initiative »11 000 Kinder« unermüdlich aktiv und hat die Erinnerung an die Deportationen dort gefordert, wo die jüdischen Kinder aus Frankreich und über drei Millionen andere Deportierte in die deutschen Vernichtungslager geschleust wurden – auf deutschen Bahnhöfen.

Schätzungen gehen davon aus, dass über eine Million Kinder und Jugendliche aus Europa mit der Reichsbahn in den Tod befördert wurden. Vorbild war eine Wanderausstellung auf französischen Bahnhöfen. Diese Wanderausstellung wurde durchgeführt mit Unterstützung der Staatsbahn SNCF von der Organisation Fils et Filles des Juifs Deportés de France von Beate und Serge Klarsfeld.

Doch was in Frankreich selbstverständlich war, wurde zwei Jahre lang von der deutschen Bahn AG verweigert – und erst der öffentliche Protest und das internationale Echo darauf haben das Ende des Gedenkverbots bewirkt. Am 27. Januar 2008 will die Bahn eine Ausstellung eröffnen, die auch Teile der französischen Ausstellung aufnehmen will. Konzipieren werden die Ausstellung die Bahn AG, das Centrum Judaicum, das Deutsche Technikmuseum, das DB-Museum und das Ehepaar Klarsfeld.

Aus der bundesweiten Initiative »11 000 Kinder« hat sich der gemeinnützige Verein »Zug der Erinnerung« gegründet. Die zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen werden einen Zug der Erinnerung durch Deutschland fahren lassen. Er hält auf den Bahnhöfen, durch die die deportierten Kinder auf ihrer letzten Reise geschickt wurden. Hintergründe werden in einem Ausstellungswagen gezeigt.

In einer Pressemitteilung heißt es: »Der gemeinnützige Verein 'Zug der Erinnerung' hat bisher 12 089 deutsche Kinder und Jugendliche identifiziert, die bei den Deportationen im



Reste eines Lagerschuppens am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof am Lohseplatz. Von hier wurden Tausende Menschen deportiert.

Bild: Helga Obens

Reichsgebiet Opfer der NS-Rassenpolitik wurden. Ihr Leidensweg ist in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet geblieben. Die bundesweite Zugstaffette und das von ihr angeregte Gedenken soll ein Zeichen gegen Antisemitismus, nationalem Größenwahn und die extreme Rechte setzen.«

Anregen will die Aktion auch zur Spurensuche, nach Zeitzeugen, Überlebenden, nach Fotos und Briefen der Kinder. Diese Dokumente sollen dann in einer symbolischen Aktion der KZ-Gedenkstätte Auschwitz übergeben werden. Die Haupttäter wurden nie bestraft.

Aktionen am 25. Oktober

In Hamburg arbeitet seit zwei Jahren eine Arbeitsgruppe »11 000 Kinder«, ein Bündnis von Organisationen und Initiativen, das vom Auschwitz-Komitee bis zur VVN-BdA und Gewerkschaft ver.di reicht.

Nach der viel beachteten Aktion am 6. Dezember 2006 vor dem Hamburger Hauptbahnhof bereitet die AG für den 25. Oktober erneut eine Gedenkveranstaltung vor, um an den Beginn der großen Deportationen aus Hamburg zu erinnern. Ausgangspunkt ist der Platz der Jüdischen Deportierten. Dort wird Steffi Wittenberg sprechen und auch an ihre Angehörigen Martha Markus, Emma Hinrichs und Siegfried Marcus erinnern, die im Oktober 1941 von Hamburg

aus nach Litzmannstadt (Lodz) in den Tod deportiert wurden. Dann wird ein Demonstrationzug den »Weg der Erinnerung« gehen und von der Moorweide über die Innenstadt und den Meßberghof (ehemals Sitz der Zyklon-B Hersteller Tesch und Stabenow) zum Lohseplatz ziehen. Dort, am ehemals Hannoverschen Bahnhof, wurden 1034 Menschen in einen Zug gepresst und verschleppt. Eine der wenigen 18 Überlebenden dieses Deportationszuges ist Lucille Eichengreen, damals Cecilie Landau. Raimund Gaebelien

Während der gesamten Aktion werden die Namen der Deportierten gelesen. Wer nicht so lange laufen kann oder mag: Die Zwischenkundgebungen können mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden. Die genauen Zeiten werden noch angekündigt.

Ziel dieser Aktion soll auch die Unterstützung des Zuges der Erinnerung des gleichnamigen Vereins sein, denn die Hamburger AG will den »Zug der Erinnerung« auch durch Hamburg fahren lassen.

H. Obens, S. Wittenberg

Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig im Gewerkschaftshaus. Informationen unter: www.zug-der-erinnerung.eu. Kontakt über Tel.nr. (0175) 9374446 oder E-Mail: auschwitzkomitee@t-online.de.

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

Gute Laune und gutes Wetter auf Sommerfest in Heideruh

Würdigung für 60 Jahre VVN-Arbeit

Rechtzeitig zum Sommerfest am 4. August in Heideruh änderte sich das Wetter und die Sonne strahlte mit unserer guten Laune um die Wette. Diesmal stand die Ehrung von zum Teil 60 Jahren VVN-Arbeit einzelner Kameradinnen und Kameraden im Vordergrund. Trotz Alter und Krankheit kamen doch recht viele unserer zum



Bei strahlendem Wetter begrüßte Conny Kerth Ehren Gäste und Aktivist/innen der VVN-BdA in Heideruh.

Bilder: Raimund Gaebelein



größten Teil immer noch aktiven Widerstandskämpferinnen und -kämpfer. Ihre und unsere Arbeit dauert an, aber an diesem Tag wollten wir alle einfach nur feiern.

In ihrer Rede erinnerte Conny Kerth beispielhaft an Wilma Giffey. Wilma liebte Heideruh und war jeden Sommer dort. »Hier

geht es mir viel besser als in Hamburg, hier habe ich weniger Schmerzen.« Mit schönen, fröhlichen und auch nachdenklichen Begegnungen ging dieser Ausflug wieder einmal viel zu schnell vorbei.

Ehe ich es vergesse: Seit dem Fest haben wir ein Mitglied mehr! **Christiane Chodinski**

Hinten: Conny Kerth, mit Gründungsmitglied Alma Lippert und Christiane Chodinski.

Alma Müller, Gründungsmitglied aus Bremen (vorne), mit Grete Klosterreit aus Wuppertal.



Filme – Gedenken – Demonstrationen: Hamburger VVN-Termine im Herbst

23. September Antifa-Filmreihe: Mariannes Heimkehr

Die Filmautoren Gert Monheim und Stefan Röttger erzählen in ihrer Dokumentation (Deutschland 2003) beispielhaft die Geschichte für die weitgehend verdrängten Erfahrungen einer ganzen Generation. Der Befehl an die Finanzämter, die »Abschiebung der Juden« vorzubereiten, veranlasste ein Heer von Beamten, das zurück gebliebene Eigentum der Juden zu »arisieren«. In öffentlichen Versteigerungen erwarben viele frühere Mitbürger günstig jüdischen Besitz. Die Einleitung hält die

Zeitzeugin Steffi Wittenberg.
17.00 Uhr, Metropolis-Kino

25. Oktober Demonstration: »Weg der Erinnerung«

Die Arbeitsgruppe »11 000 Kinder« gedenkt der Juden, Roma und Sinti, die in den Jahren zwischen 1940 und 1945 in Güterzügen zur Deportation nach Osteuropa verfrachtet wurden. Nach der Auftaktkundgebung startet ein Demonstrationszug auf dem »Weg der Erinnerung« (siehe Artikel) von der Moorweide zum Lohseplatz.
16.00 Uhr, Kreuzung Edmund-Siemers-Allee/Moorweidenstraße

28. Oktober Antifa-Filmreihe: Paul Schneider – Der Prediger von Buchenwald

Der Film (BRD 1980, Regie Horst Werner) berichtet vom Leben und Leidensweg des evangelischen Pfarrers Paul Schneider, der dem Nationalsozialismus Widerstand leistete, sich in seinen Predigten den Naziideologien widersetzte und dafür ins KZ Buchenwald kam. In den Berichten seiner Frau und den Erinnerungen von ehemaligen Mitgefangenen entsteht ein lebendiges Bild vom Märtyrertum des Pfarrers Paul Schneider.
Eine Einleitung des Dokumentarfilms gibt Professor Dr. Heinrich Fink, der Vorsitzende der Bundesorganisation der VVN-BdA.
17.00 Uhr, Metropolis-Kino

8. November Erinnerung an die Reichspogromnacht 1938

Es sprechen Gabriela Fenyes von der Jüdischen Gemeinde sowie Vertreter/innen der Uni Hamburg und der VVN-BdA.
15.30 bis 16.30 Uhr, Joseph-Carlebach-Platz (Nähe Abaton-Kino)

Veranstaltung des Auschwitz-Komitees

Mit der Zeitzeugin Jutt Pelz-Bergt, die über ihr Leben in Berlin, Auschwitz, Ravensbrück und über ihre Erfahrungen in Deutschland nach der Befreiung spricht. Anschließend: Auftritt von Coincidence mit Esther und Edna Bejarano.
19.30, Gr. Hörsaal des Departments Wirtschaft und Politik (früher HWP), Von-Melle-Park 9

DVD für den Unterricht

Erinnerungen von Zwangsarbeitern

Moderne Technik hilft, die Erinnerungen der über 80jährigen vor dem Verblässen zu bewahren: Marija Duma (83) musste vor 65 Jahren als Zwangsarbeiterin den Hof des Lüneburger Hotels »Stappenbeck« fegen – heute ist dort »das Stadthaus«.

Vor zwei Jahren besuchte die Ukrainerin Lüneburg. Während sie über ihre Erfahrungen berichtete, lief die Kamera. Johanna Drescher (25) erstellte aus diesem und drei weiteren Gesprächen mit ukrainischen und polnischen Zwangsarbeitern eine DVD »Silberling«. Der Silberling ist Teil der Magisterprüfung der Lüneburgerin, die Kulturwissenschaften studiert.

Eingang in die DVD fanden Briefe und Bilder der einst Verschleppten an die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Die DVD ist für den Unterricht sehr geeignet. Die ehemaligen Zwangsarbeiter waren 2004/05 auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen nach Lüneburg gekommen. VVN-BdA, Geschichtswerkstatt und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit hatten die Kontakte geknüpft.

10000 Ausländer schufteten vor rund 65 Jahren in Stadt und Kreis Lüneburg für die deutsche Kriegsmaschinerie, ersetzten als Sklavenarbeiter eingezogene deutsche Soldaten am Arbeitsplatz. Ein einziger Verstoß gegen die vielfältigen Verbote ließ sie in das Räderwerk des NS-Staates geraten.

An einen Fall erinnerte sich auf der DVD eine Dannenbergerin im Gespräch mit einem ehemaligen Zwangsarbeiter. Die Frau erzählte von einem als »Polenknüppel« verurteilten Deutschen, der drei Polen nach der Sperrstunde in einem Gewächshaus erwischte – und kahl schor. Ihr Gesprächspartner war einer der drei Zwangsarbeiter – er hatte damals seinen Geburtstag feiern wollen. »Für mich einer der spannendsten Momente«, sagt Johanna Drescher.

Die DVD kann bei der VVN-BdA für sechs Euro erworben werden.

L. Z.



60. Geburtstag der VVN Niedersachsen

Wir feiern

am Samstag, den 29. September, ab 14 Uhr
im DGB-Haus Hannover, Otto-Brenner-Str. 1

Programm:

15 Uhr Begrüßung
Grußworte

Gastreferat von Dr. Ulrich Schneider

Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der FIR

»60 Jahre VVN – 60 Jahre antifaschistische Bewegung in Deutschland«

Ehrung der Gründungsmitglieder und aktiven Mitglieder der VVN-BdA

Musik: DGB-Chor Hannover

Bitte meldet Euch an, im Landesbüro, Tel.: (0511) 331136,
oder per E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de. Vielen Dank!

Besuch bei den Partisanen

Politischer Urlaub am Schwarzen Meer in Bulgarien

Seit 2004 ist es Tradition, dass eine Delegation der VVN-BdA Hameln, der Antifaschistischen Aktion und des Rotfuchs zum Jahrestag der Befreiung Bulgariens nach Varna fährt.

Den Kontakt zu den Partisanen stellte Dr. Ratscho Ratschew her, den die VVN-BdA Hameln über die Zeitschrift »Rotfuchs« kennen und schätzen gelernt hat. Auch 2007 fährt die Kreisvereinigung wieder nach Varna, um an den Feierlichkeiten am 8. September vor dem ehemaligen Gefängnis und am 9. September am Pantheon in Varna teilzunehmen. Geplant sind auch Kontakte zur BAS, der Bulgarischen Antifaschistischen Vereinigung.

Nach Jahren des Widerstandes und des erbitterten und erfolgreichen Partisanenkampfes sendete der Georgi Dimitrov einen Funkpruch mit der Direktive zur Vorbe-



Gedenken am
Pantheon in Varna.

Bild: VVN Hameln

ereitung des bewaffneten Volksaufstandes an das Zentralkomitee der Bulgarischen Arbeiterpartei (BAP). Am 8. September 1944 rief das Nationalkomitee der Vaterländischen Front Bulgariens zum Sturz der monarcho-faschistischen Regierung Muraviev auf. Auch in Varna wurden die Gefängnisse gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Zeitgleich überschritt in Absprache mit der Vaterländischen Front die Rote Armee

nach der Kriegserklärung gegen die neue Regierung Muraviev die Grenzen Bulgariens, um den Aufstand des bulgarischen Volkes zu unterstützen. Am 9. September 1944 marschierten die Partisanen in die Städte und Dörfer ein und besiegten die faschistischen Truppen. Die Rote Armee wurde begeistert empfangen, die erste Regierung der Vaterländischen Front proklamiert.

VVN-BdA Hameln
vvn-bda-hameln@web.de

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an
mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen

Rolandstraße 16, 30161 Hannover

Tel.: (0511) 331136

Fax: (0511) 3360221

E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag
von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung!

Spendenkonto:

Kontonr. 7510-307
Postbank Hannover
BLZ 250 100 30
Vielen Dank!

Gegen Schäubles Terror-Pläne

VVN-BdA an Rhein und Ruhr verstärkt Aktion »nonpd«

Der Landesausschuss NRW der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten hat Anfang August im Verdi-Haus in Wuppertal getagt und verstärkte Anstrengungen zur Durchsetzung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD beschlossen.

An der erfolgreichen Kampagne »nonpd« mit bundesweit bisher über 105 000 Unterschriften für ein NPD-Verbot hat der nordrhein-westfälische Landesverband einen guten Anteil, stellte Landesgeschäftsführer Jürgen Schuh vor den Vertretern aus 15 Kreisverbänden fest. Zum 1. September, dem Antikriegstag, werden mindestens zwanzig parallele Infostände vorbereitet, an denen weitere Unterschriften gesammelt werden sollen, um das Ziel – 150 000 Unterschriften – bis zum 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht, tatsächlich zu erreichen.

Verstärkt sollen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Abgeordnete, Künstler und Gewerkschafter, für die Aktion gewonnen werden. Für den Herbst sollen im Sinne von »nonpd« die

NRW-spezifischen Probleme, nämlich die hier besonders hartnäckige schwarz-gelbe Unterstützung für die Rechten, angegangen werden. Diese zeigen sich im Gewähren lassen von gewalttätigen Kameradschaften und von V-Leute-Systemen zugunsten der NPD.

Es geht um die Verteidigung der Demokratie

Es entwickelt sich in der VVN-BdA ein Arbeitszusammenhang mit Gewerkschaftern und antimilitaristischen Gruppen, die sich mit den staatlichen Eingriffen in Grund- und Bürgerrechte und auch mit der damit zusammenhängenden Militarisierung nach innen und außen auseinandersetzen. »Die Verteidigung der Demokratie und die Abwehr der inneren Militarisierung tritt in ein neues Stadium.« Das führte Landessprecher Ulrich Sander aus. Der 9. Juli 2007, an dem Innenminister Wolfgang Schäuble im »Spiegel« sein massives Programm des Abbaus von Bürgerrechten bekannt gab, stelle einen Schnittpunkt der Entwicklung dar. Noch sei das Programm

der Lagerhaft und des Schießbefehls für politisch Missliebige, der Rundum-Bespitzelung durch Online-Durchsuchungen und Rasterfahndungen sowie des Einsatzes von Streitkräften gegen Demonstranten umkehrbar und abwendbar – aber nur, wenn die demokratischen Kräfte sich endlich zum Widerstand gegen Schäuble formieren.

Aufgerufen wurde zur großen Antikriegsdemonstration am 15. September in Berlin. Den Demokraten, die in Dortmund gegen die Provokation der Neonazis angehen, ausgerechnet am 1. September aufzumarschieren, wurde Unterstützung zugesagt.

Für den 16. Februar 2008 wurde die Landeskonzferenz der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen nach Düsseldorf einberufen.

Ein Seminar zur Arbeit der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen findet am 8./9. Dezember in Wuppertal in einem Naturfreundehaus statt. Auch die Mitglieder, die nicht in Kreisorganisationen der VVN-BdA organisiert sind, dürfen sich dazu herzlich eingeladen fühlen: Bitte beim Landesbüro melden.

Verdi Dortmund:
Protest gegen
Hilfe für Nazis

Unzufrieden sind Dortmunds Müllwerker mit den Antworten der Polizei, des Oberbürgermeisters und des Vorstandes der Stadtwerke auf den Offenen Brief der Verdi-Vertrauensleute zur Neonazi-Provokation am 1. Mai 2007. Sie riefen dazu auf, künftig gegen Dienstleistungen zugunsten von Naziaufmärschen zu protestieren.

In der Verdi-Erklärung heißt es: Wir beklagen, dass Mitarbeiter der Entsorgung Dortmund (EDG) am Vorabend des 1. Mai 2007 verpflichtet worden sind, um die den Neonazis in den Weg gelegten Hindernisse (Gülle) zu beseitigen. Sie konnten sich dem Auftrag nicht entgegenstellen, ohne ihre Arbeitsverhältnisse zu gefährden.

Wir legen jedoch im Nachhinein schärfsten Protest gegen diese und alle übrigen den Nazis gewährte aktive Unterstützung ein. Als Gewerkschafter/innen können und werden wir es nicht hinnehmen, dass dieser rassistischen und arbeitnehmerfeindlichen Meute von offiziellen Stellen in dieser Stadt soviel 'Wohlwollen' entgegengebracht wird.

Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, ihren Protest zum Ausdruck zu bringen, sofern sie erneut entsprechende Einsätze durchführen müssen.

Betriebsrat und Gewerkschaft fordern wir auf, diese Kolleg/innen dabei zur Seite zu stehen. Dieser Protest soll deutlich machen, dass wir alle nicht den Nazis den Weg für ihre Demos frei machen wollen. Die Nazis nutzen ihre Kundgebungen dazu, insbesondere unsere Kollegen ausländischer Herkunft zu beschimpfen und zu erniedrigen und aus dem Land zu wünschen. »Augen auf gegen Rechts! Unsere Stadt hat Nazis satt!«

Stätte der Auschwitzlüge schließen

Enthüllungen zum Collegium Humanum in Vlotho

Sie veranstalten Seminare zum Thema »der Volksstaat Adolf Hitlers als Vorbild«. Ihre Vorsitzende engagiert sich im »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitung des Holocausts Verfolgten«.

Die Leute vom »Collegium Humanum« (CH) in Vlotho wollen seit 1963 mit Seminaren in der so genannten »Heimvolkshochschule« vor allem eines: Den Holocaust als Geschichtslüge darstellen. Der ehemalige NPD-Anwalt und Antisemit Horst Mahler referierte hier, ebenso der kanadische Holocaust-Leugner Ernst Zündel oder der Neonazi Manfred Roeder. Das Collegium gilt als Bindeglied zwischen den intellektuellen »Neuen Rechten« und den neonazistischen

»Freien Kameradschaften«. Ursula Haverbecks verstorbener Mann Werner Georg, Gründer des CH, machte bereits unter Hitler Karriere in der »Volkstumsarbeit« und als NSDAP-Render.

Seit langem wird in Ostwestfalen gegen das Collegium protestiert. Die Landesregierung erklärte sich als nicht zuständig für die Prüfung eines Verbots, denn das CH sei keine nur in NRW tätige Einrichtung, sondern – weil sie Schriften überregional und international versende – eine bundesweit tätige Organisation und für sie das Bundesinnenministerium zuständig. Das rührt sich jedoch nicht.

Das Vlothoer Bündnis gegen das CH hat nun eine Broschüre zur Entlarvung der Nazi-Bildungsstätte herausgegeben. »Die vorliegen-

de Dokumentation über die Tätigkeit des Collegium Humanum zeigt eindringlich die menschenverachtenden Aktivitäten auf. Rassistismus, Antisemitismus und Holocaustleugnung sind eine Mischung, die gegen die Menschenrechte und die Ideale einer Demokratie verstoßen.« Das Collegium gehöre daher dicht gemacht, so die Herausgeber. Weiter: »Würden die Behörden zügiger und konsequenter auf Holocaustleugnungen im Umfeld des Collegium Humanum reagieren, könnte der Verein mit seinen finanziellen und personellen Ressourcen schnell am Ende sein.«

Zu beziehen bei Antifa West, c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld für 3,- Euro

Neofaschisten mit Schlips und Anzug

Zur Tätigkeit der rechten »Bürgerbewegung pro Köln e.V.«

Volker Adam aus Köln, Mitglied des Landesausschusses der VVN-BdA in NRW, hat die Tätigkeit der extrem rechten Fraktion von »Pro Köln« im Rat der Stadt Köln untersucht. Da »Pro Köln« als aus dem Neofaschismus stammende »seriöse Bürgerbewegung« sich anschießt, in ganz NRW Fuß zu fassen, dürfte die Analyse ihrer Intensionen und Praktiken von überregionaler Bedeutung sein.

»Pro Köln« tritt außerparlamentarisch vor allem hervor mit rassistischen Kampagnen gegen den Bau von Moscheen, so in Köln-Ehrenfeld. Im Stadtrat stellt die Bewegung mit Schlips und Anzug Anträge und Anfragen die allesamt die Haupttendenz erkennen lassen: An allem sind die Ausländer schuld und alle Probleme sind zu lösen, wenn die »Ausländer raus«-Parole befolgt würde und Minderheiten entrechtet würden. Bürgermeister und Verwaltung reagieren zumeist hilflos bis hinhaltend, jedenfalls nicht konsequent antirassistisch.

Volker Adam untersuchte vor allem die 56 Anfragen und Anträge vom Januar bis September 2006, die »Pro Köln« im Rat startete. Deren Zielpunkte kulminieren vor allem in rechten Grundauffassungen zu Minderheiten und moslemischen Ausländern. Selbst bei auf den ersten Blick profanen kommunalen Problemen wird die minderheits- und fremdenfeindliche Politik von »pro Köln« überdeutlich. So heißt es in einem Antrag (13. April 2006) für ein »Sofortprogramm gegen Schlaglöcher«, mit dem »die häufig von Touristen frequentierten Straßen in einen schlaglochfreien Zustand gebracht« werden sollen: »Die dafür anfallenden Kosten sollen wie folgt gedeckt werden« durch Streichung von: »Zuschuss für interkulturelle Kunstprojekte, Einladung ehem. Zwangsarbeiter, Betreuung von Asylbewerbern, Zuschuss an Rom e.V., Zuschuss für Junkieband e.V., Zuschuss für Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige.«

Ähnlich sollen auch die Kosten beim »Pro Köln«-Antrag zur Fi-



Am 16. Juni marschierten Anhänger von »Pro Köln« gegen die geplante Moschee auf der Straße.
Bild: arbeiterfotographie.com

nanzierung der Lernmittelfreiheit (21.6.2006) aufgefangen werden. Der »Betrieb der öffentlichen Brunnen in Köln« (Antrag vom 22.6.06) soll u.a. durch »Einsparung zur Betreuung von Asylbewerbern« verbessert werden.

Ein-Euro-Jobber als Hilfspolizisten

Um »Alkohol- und Drogenkonsumenten bei Polizei und Ordnungsamt (zu) melden«, sollen Ein-Euro-Jobber auf Spielplätzen eingesetzt werden. »Pro Köln« gibt sich nicht rabaukenhaft nach dem Motto »Ausländer raus«, sondern formuliert: »Für Ausländer, die nicht integrationsbereit sind, müssen verstärkt Rückkehrhilfen angeboten werden«. Die Stadt soll »für die Zuwanderung von Ausländern aus bildungsfernen Schichten unattraktiv werden«. Zu »Jugend-

gangs in Köln« fällt den Antragsstellern nur ein, »inwiefern dieses Phänomen mit den Integrationschwierigkeiten von Zuwandererkindern in Verbindung steht.«

Bezüglich der angeblichen Bedrohung deutscher Bevölkerung und Kultur durch ausländische Minderheiten geht »Pro Köln« analog zu Stammtischdiskussionen noch einen Schritt weiter. Die »Überfremdung« bedrohe nicht nur bevölkerungspolitisch den »Lebensbestand des deutschen Volkes« – die Deutschen werden weniger – sondern eliminiere perspektivisch die »deutsche Kultur«.

Die Deutschen sterben mal wieder aus...

Die Bekämpfung von Ausländern wird von »Pro Köln« erweitert durch systematische Angriffe auf sog. Linksradikale und Minderhei-



Bereits im März demonstrierten Kölner Schüler gegen das ausländerfeindliche Bündnis »Pro Köln«.

Bild: AN

ten wie Sinti und Roma, die sogar ins »terroristische Umfeld« gezogen werden. Kommunisten werden mit der RAF und anderen Terroristen auf eine Stufe gestellt. Roma und Sinti »terrorisieren« die Passanten »mit ständigen Taschendiebstählen« und brächten Köln bei Sexualstraftaten bundesweit auf den dritten Platz. Adam: »Wir halten fest: Roma- und Sinti klauen also nicht nur, sondern vergewaltigen besonders viele Frauen auf offener Straße!«

Die Verwaltung geht in ihrer Antwort überhaupt nicht auf die Problematik etwa von Statistiken mit Ausländerstrafanteilen ein (Stichwort: Passvergehen u.ä.), sondern widerspricht auch sonst inhaltlich nicht dem »Pro Köln«-Antrag. Im Gegenteil wird aufgezeigt, wie erfolgreich die zuständigen Stellen den »Kontrolldruck auf verschiedene Tätergruppen erhöht« haben und bestätigt damit indirekt die »Pro Köln«-Thesen.

Die Deutschen als die alleinigen Opfer

In einem Änderungsantrag zum Antrag der Linksfraktion zu einer Denkmalserrichtung für Deserteure unter dem NS-Regime führt »Pro Köln« aus: »Statt verurteilten Deserteuren und Straftätern zu gedenken, sollte lieber für die zehntausenden unschuldigen Opfer des alliierten Bombenterrors in Köln ein Denkmal errichtet werden.«

Ein Kommentar erübrigt sich!

Volker Adam: »Auf die Aktivitäten von »Pro Köln« reagieren Verwaltung und die politische Repräsentanz dieser Stadt nur defensiv. Ursache hierfür ist u.a. die unzureichende Beschäftigung mit dem Thema »Kampf gegen Rechts«.«

Wortlaut der Untersuchung:
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0341_pro_ko_in.htm

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Bündnisse sind meist kompliziert...

...aber immer sind sie notwendig

Aus allen Teilen von NRW wird über die besorgniserregende Zunahme von Neonazi-Aktivitäten berichtet – es gibt eine tiefer werdende Verankerung der Neonazis.

Die ständige starke Belastung durch Abwehraktionen führe zu Ermüdungserscheinungen bei Bündnispartnern. Dazu wurden auf der Landesausschusstagung folgende Überlegungen erörtert.

In einer Situation des tendenziellen Rückzugs von Gewerkschaften, Bündnis 90/Grüne und Sozialdemokraten aus Antifa-Bündnissen komme es auf ein vertieftes Zusammengehen von Antifa-Kräften an und nicht auf eine Aufsplitterung. Eine scheinbar konträre Debatte entwickelt sich um das Problem des Verhältnisses »Bürgerlicher Bündnisse gegen rechts« und »linker Bündnisse«. Festgestellt wurde, dass sich z.B. der DGB häufig an »bürgerliche Bündnisse« anlehne, dass es auch seitens dieser Bündnisse zu Ausgrenzungen »Linker« komme. Der Dreh- und Angelpunkt des gemeinsamen Kampfes ist häufig die Position »den Nazis nicht die Straße zu überlassen«, also die Frage der Blockade von Nazi-Aufmärschen. Das wird häufig von Kirchen, Parteien und Gewerkschaften nicht mitgetragen. Die vielfach anzutreffende Haltung von Polizeipräsidenten »solange Nazi-Aufmärsche nicht verboten sind, müssen sie geschützt werden«, macht die Sache nicht einfacher.

Erfahrungen mit dem 1. Mai

Die Position der VVN-BdA dazu: Alles, was sich im Kampf gegen Neonazi-Aufmärsche in irgendeiner Form engagiert, sollte unterstützt und mitgetragen werden. Es gilt, alles zu tun, keine Gegensätze aufzubauen und langfristig auf eine einheitliche Bewegung zuzuarbeiten. Die Vielfalt der Bewegung kann auch dazu beitragen, mehr Menschen

den Zugang dazu zu öffnen.

Vor dem Hintergrund des 1. Mai in Dortmund wurde noch mal unterstrichen, dass es ein gutes Recht der Gewerkschaften sei, gerade an diesem Tag ihr ureigenstes Anliegen, den Kampf um soziale Rechte als ihren Schwerpunkt zu betrachten. Ebenso sollte die Friedensbewegung sich den 1. September als Antikriegstag nicht nehmen lassen und sowohl gegen rechts als auch für den Frieden an diesem Tag wirken.

Gerade im Sinne der Verbreiterung der Bewegung ist es angesagt, die Beschlusslage des DGB und der Einzelgewerkschaften in Erinnerung zu rufen und langfristig Aktionsformen zu entwickeln, die von vielen mitgetragen werden können. »Von der erlebnisorientierten Jugend bis zur Mutter mit dem Kinderwagen.«

Die Dreigleisigkeit von »Etablierten«, Bündnis Dortmund gegen Rechts (mit VVN) und Bündnis von Punks und Autonomem ist solange nicht kontraproduktiv, wie sie von Respekt gekennzeichnet ist, fasste Ulrich

Sander die Erfahrungen von Dortmund zusammen; dieser Respekt wurde jedoch vom DGB-Gebietsvorsitzenden (ohne Verständnis für linke Jugendliche) und Punks/Autonome (antigewerkschaftlich, bis zu »anti-deutsch«) um den 1. Mai herum verletzt.

Die VVN-BdA Dortmund hat einen zusätzlichen Aufnahmeantrag beim »Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus« gestellt und arbeitet weiter im »Bündnis Dortmund gegen rechts« mit. Jürgen Schuh wies auf die Möglichkeiten der Stärkung der VVN-BdA und der Unterschriftensammlung »nonpd« hin.

Antifaschisten in Krefeld führten eine erfolgreiche Aktion gegen einen Neonazi-Aufmarsch durch. Obwohl es vor Ort keine VVN-BdA Organisation gibt, wurden massiv Unterschriften unter »nonpd« gesammelt.

Es sollte daher der Versuch unternommen werden, dort wieder eine Gruppe der VVN-BdA aufzubauen. Die ohnehin vorhandene Verbindung zur Nachbarstadt Duisburg sollte dabei genutzt werden. **U.S.**

Bundeswehr-Prozess:

Folter-Ausbilder vor Gericht geschont

Im Prozess in Münster um die Folterung von Bundeswehr-Rekruten durch ihre Vorgesetzten in einer Coesfelder Kaserne ist die Staatsanwaltschaften zu äußerst milden Anträgen auf Bewährungs- und Geldstrafen gelangt.

Erste Angeklagte kommen somit günstig davon, einige Verfahren wurden gar eingestellt. Bei dem Prozess geht es um simulierte Geiselnahmen bei Übungen. Unter anderem sollen die Ausbilder Rekruten gefesselt und ihnen die Augen verbunden haben. Den Wehrlosen wurde Wasser in die Hose und den gewaltsam geöffneten Mund gespritzt; des weiteren wurden Stromstöße verabreicht, die Soldaten wurden gefesselt, geknebelt, misshandelt und gedemütigt. Viele der 160 Fälle hielten auch die Betroffenen für zulässig – sie beschwerten sich nicht. Folter hielten sie wohl für normal, zumal eingeübt wurde, wie diese gegen den Feind eingesetzt wird. Die Vorgesetzten behaupteten, »sie wollten die Soldaten fit machen, für den Fall, dass sie vom Feind gefoltert würden«.

VVN-BdA bekräftigt Verbotsforderung

Antwort auf »Argumente« der Neonazis zum Antikriegstag

»Am 1.9. findet in Dortmund der 3. nationale Antikriegstag statt«, so warben die »Partei-freien Nationalisten« im Internet für eine Zusammenrottung auf dem Dortmunder Friedensplatz am 1. September, dem 68. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen. Wir dokumentieren hier die Argumente der VVN Dortmund für ein Verbot der erneuten Provokation:

In Briefen an Polizeipräsident Hans Schulze schrieb die VVN-BdA Dortmund: »Der veröffentlichte Aufruf der Veranstalter weist auf den verbotswürdigen Charakter der neuen Provokation hin.« Geplant sei offenbar eine Veranstaltung, mit der die Neonaziszene »die nationalsozialistische Gewalt-

und Willkürherrschaft billigt«, was nach § 130 Absatz 4 STGB verboten ist. »Nach allem was wir seit den letzten NS-Aufmärschen wissen, ist am 1. September in Dortmund mit Straftaten nach dem Volksverhetzungsparagraphen zu rechnen.«

Volksverhetzung sei es, wenn im Aufruf der Neonazis und Nazis die demokratische Ordnung unseres Landes als »Besatzung« und Beseitigung »vom Recht auf Selbstbestimmung und Wahrheit« bezeichnet wird. Es wird die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht, die Beseitigung des NS-Regimes jedoch wird als »Einführung« des Kapitalismus beschimpft. Die VVN-BdA erinnert daran: »Der Hitlerfaschismus hat uns und Europa über 50

Millionen Totem gekostet; Krieg und Besatzung durch die Nazis brachte den Völkern grausamste Willkür, machte aus Europa ein Völkergefängnis und setzte es dem raubgierigsten Kapitalismus aus – dem des NS-Regimes.« Die antikapitalistischen Phrasen und die Freiheitsdemagogie der Nazis stellen Volksverhetzung dar und sollen Antisemitismus assoziieren.

Weiter fordert die VVN-BdA: »So wie es am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des KZ Auschwitz, nicht erlaubt ist, Naziaufmärsche durchzuführen, so soll es auch nicht gestattet sein, solche Märsche am 1. September durchzuführen. Unter der Losung 'Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg' werde der Antikriegstag von Nazis missbraucht.

60 Gefangene im Hungerstreik

Bundesweite Demonstration gegen Abschiebehaft

Am 02.09.2007 fand vor den Toren der Justizvollzugsanstalt (JVA) Büren eine bundesweite Demonstration gegen Abschiebehaft statt. Zeitgleich begannen 60 Abschiebehäftlinge in der JVA Büren einen Hungerstreik, um ihre sofortige Freilassung durchzusetzen.

»Wir rufen zur Schließung aller Abschiebeknäste und unmenschlichen Gefängnisse auf, in Deutschland und dem Rest der Welt. Wir stellen uns gegen die rassistischen Gesetze, die gegen Migranten und Asylbewerber angewandt werden.« Das forderte Noel Asanga Fon, ein Abschiebehäftling aus Kamerun, dessen Rede von der Demonstrationsleitung stellvertretend verlesen wurde. Der in Büren inhaftierte Menschenrechtsaktivist



Büren: Demonstrationsszug gegen Abschiebungspraxis in Deutschland.

ließ die Anwesenden wissen: »Falls diese Forderungen nicht erfüllt werden sollten, erklären wir uns zu Märtyrern der Freiheit. Wir rufen für den heutigen Tag den lang erwarteten Hungerstreik der Gefangenen aus und rufen auf zum zivilen Ungehorsam mit dem Ziel der unmittelbaren Freilassung aller Opfer, die in deutschen Abschiebe-

gefängnissen einsitzen.« Auch die Demonstrationsteilnehmer prangerten die inhumane Abschiebep Praxis der BRD an und unterstützten die Forderungen der Gefangenen. Nach internen Informationen waren am Abend circa 60 Gefangene dem Aufruf zum Hungerstreik gefolgt und missachteten zusätzlich in einem Akt des zivilen Unge-

horsams die Befehle der Wärter.

Nachdem die rund 350 Demonstranten den Platz vor der JVA verlassen hatten, versammelten sie sich zu einer Demonstration durch Büren/Ostwestfalen. In den Reden wurden nicht nur die gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Menschen zur Flucht zwingen, thematisiert, sondern auch die Kriege, die sich direkt gegen Flüchtlinge richten, wie z.B. das brutale Vorgehen von europäischen Polizisten an den EU-Außengrenzen gegen Migranten. Auch hier erklärten die Anwesenden ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden im Abschiebegefängnis. Sie kündigten an, die Gefangenen durch verschiedene bunte und kreative Protestformen in den einzelnen Städten unterstützen zu wollen.

P.M.

gockel@gegenabschiebehaft.de

HESSEN

Gestern Opfer und heute Warner und Kämpfer

Ein aktueller Text aus der Geschichte der VVN

Vor gut 60 Jahren, am 13. März 1947 publizierte der damalige hessische VVN-Vorsitzende Dr. Hans Mayer in der Frankfurter Rundschau einen politischen Kommentar zur Vorbereitung der interzonalen Gründungskonferenz der gesamtdeutschen VVN.

Die Verfolgten des Naziregimes (...) sind untereinander nicht nur dadurch verbunden, daß sie »ehemalige« KZler, Emigranten. Opfer des Nazismus gewesen sind. Ihre Vereinigung, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) blickt nicht bloß in die Vergangenheit. Sie verlangt keine Begünstigung, sondern Gerechtigkeit. Sie verlangt keine Rache, sondern Abgrenzung von den Methoden und dem Geist der vergangenen Jahre. Das aber ist eine politische Aufgabe. Es ist eine Aufgabe nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und Zukunft, und es ist auch keine Auf-

gabe bloß für uns. Es ist die entscheidende politische Frage für das ganze deutsche Volk.

Das heimliche Deutschland im unheimlichen Land

Was nämlich waren die Verfolgten des Naziregimes in der Wirklichkeit? Ottomar Geschke aus Berlin, der am kommenden Samstag im Namen der Verfolgten der Ostzone sprechen wird, hat den richtigen Ausdruck dafür gefunden: Diese Verfolgten »verkörperten einst das heimliche Deutschland, im unheimlichen Deutschland«. Sie waren die Elemente jenes deutscher Widerstandes, den es unzweifelhaft gegeben hat und der seine furchtbaren Blutopfer bringen mußte, auch wenn es ihm nicht gelang wie etwa den Widerstandsbewegungen anderer Länder, das Naziregime von innen heraus zu stürzen und das deutsche Volk zu befreien. Un-

sere Aufgabe ist es also, durch unser Zeugnis der Welt zu zeigen, daß es trotz allem auch eine deutsche Widerstandsbewegung gegen den Nazismus gegeben hat.

Gerade aber weil wir diese Beweise echter demokratischer Überzeugung aus der Vergangenheit aufzuweisen haben, sollte unsere Stimme heute gehört werden. Die Verfolgten des Naziregimes (...) stehen jetzt eng zusammen, weit über die politischen Parteien, die gesellschaftlichen Klassen und die religiösen Bekenntnisse hinweg. Sie bildeten gestern eine Gemeinschaft der Opfer, der Verfolgten. Heute bilden sie eine Gemeinschaft der Warner und der politischen Kämpfer. Ihr Ziel war gestern der heimliche Kampf im unheimlichen Nazi-Deutschland. Heute muß es ein offener Kampf sein in einem Deutschland, dessen Volk auf Schritt und Tritt noch geistig und seelisch Spuren des vergange-

nen Regimes mit sich herumträgt.

Ist der Nazismus wirklich tot?

Was uns tief bestürzt macht und zur Warnung zwingt, sind die fortdauernden Gesinnungen der nazistischen Profitgier, der Unmenschlichkeit, der politischen Charakterlosigkeit in weiten Schichten des Volkes. Solange diese Zeichen andauern, ist der Nazismus nicht wirklich tot.

Weitere Texte von Hans Mayer sind in der Broschüre von Jens Rüggeberg/ Ulrich Schneider, Hans Mayer, Widerstandskämpfer - Emigrant - Antifaschist, hrsg. VVN-BdA Tübingen - Mössingen, zu finden. Bestellung über das Landsbüro.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 05 24.

7. Juli: Mindestens zehn Polizisten schützten einen Nazi

NPD blieb in Frankfurt im Abseits



Bilder:
Dietmar Treber,
arbeiterfotografie.com
und Altmann (unten)



Es bleibt auch nach dem 7. Juli dabei: Frankfurt ist für die NPD kein geeignetes Pflaster. Neonazis können hier nicht Fuß fassen, trotz politischer und juristischer Amtshilfe: Zur Durchsetzung des Demonstrationsrechtes, das auf diese verfassungsfeindliche nazistische Partei gar nicht anzuwenden ist, waren 8000 Polizeikräfte aus der ganzen Republik im Einsatz für ganze 500 bis 700 Neonazis, die mit ihrem eher lächerlichen Aufmarsch keine nennenswerten Kreise der Frankfurter Bevölkerung beeindrucken konnten. Sie werden wieder einmal Frankfurt in schlechter Erinnerung behalten.

Dafür sorgten zwei unterschiedliche Aktionen von Nazi-gegnern (siehe Fotos). Rund 4000 Demonstranten, aufgerufen unter anderem von der Anti-Nazi-Koordination, stellten sich der NPD aktiv in den Weg, blockierten Zugänge Geleise und legten zeitweise den Zugverkehr lahm.

Ungewöhnlich eindrucksvoll auch die Kundgebung auf dem Römerberg: Das Römerbergbündnis erwies sich als Verwirklichung breitester Bündnisarbeit und wurde zu einem Plädoyer für unsere Forderung für ein Verbot der NPD. Beschwörend setzte sich dafür neben vielen anderen Arno Lustiger, Holocaust-Überlebender und Mitbegründer der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, ein: »Es ist höchste Zeit für das NPD-Verbot.« **P.A.**

Antifa-Festival in Kassel: »Aufmucken gegen Rechts«

Mitten in den Sommerferien fand in Kassel auf dem Königsplatz ein politisches Festival der antifaschistischen Szene statt. Der Verein »Aufmucken gegen Rechts« hatte Bands und Musiker der Region zu einem zweitägigen Konzert eingeladen, und über 20 Gruppen spielten – ohne Gage – für eine antirassistische und antifaschistische Perspektive in dieser Region.

Unterstützt wurde das Festival von verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppen, antifaschistischen politischen Organisationen, aber auch gastronomischen Betrieben.

Das Anliegen des Festivals drückte der Veranstalter in einem Interview so aus: »Wir wollen besonders junge Leute im Alter zwischen 14 und 25 Jahren erreichen, die damit eine Möglichkeit bekommen, ihre Haltung gegen Rechts zu entwickeln und auszudrücken.«

Politisches Festival erreichte 1000 junge Leute

Verbunden mit dem Festival, zu dem an den beiden Tagen über 1000 junge Leute kamen, waren Informationsstände und politische Ansprachen. Es sprachen Antifa-Initiativen, gewerkschaftliche Aktionsgruppen, das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und die VVN-BdA.

Sie informierte über ihre »nonpd«-Kampagne. Die Tatsache, dass schon 100 000 Unterschriften gesammelt werden konnten, wurde mit Beifall quittiert. Die Begründung, ein Verbotverfahren könne dazu beitragen, dass für rassistische und neofaschistische Politik und Propaganda weder staatliche Finanzmittel noch politischer Freiräume vorhanden seien, überzeugte. Zahlreiche Besucher des Festivals und Passanten unterschrieben an den Infoständen.

Wir bitten um Spenden für
den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Erinnerung an Ria Deeg
»...gegen Krieg und
Kapitalismus«

**Unter diesem Titel erinnern
DKP und VVN-BdA in Gießen
mit einer Broschüre an Ria
Deeg, die am 2. Oktober 2007
ihren 100. Geburtstag gefeiert
hätte.**

Ria Deeg war in der antifaschistischen Bewegung in Gießen und Hessen eine Institution. Gemeinsam mit ihrem Mann Walter gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der hessischen VVN. Im Februar 1947 organisierte sie als Leiterin der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte den ersten hessischen Landeskongress der VVN in Gießen.

Ihr Ansehen als Widerstandskämpferin beruhte auf ihrer konsequenten Haltung für die arbeitenden Menschen und sozial Bedürftigen und ihrem Mut im antifaschistischen Kampf. Bis zu ihrer Verhaftung im November 1934 produzierte und verbreitete sie antifaschistische Flugschriften in und um Gießen. Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt, musste sie zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus. Im ersten Kriegsjahr heiratete sie Walter Deeg, der wenige Monate später ins Strafbataillon 999 verschleppt wurde.

Die Befreiung erlebt Ria Ende März 1945 in Oberhessen. Und sie macht sich unmittelbar an die politische Arbeit. Als Kommunistin tritt sie ein für die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei. Seit April 1948 wurde sie bis zum Parteiverbot 1956 für die KPD in die Giessener Stadtverordnetenversammlung gewählt.

**Erneute Verfolgungen
schreckten sie nicht**

Die politische Verfolgung traf sie und Walter im Jahr 1958 erneut. Der Vorwurf: »illegale Tätigkeit für die KPD«. Im Verfahren musste sie freigesprochen werden, Walter wurde zu neun Monaten verurteilt.

Doch solche Angriffe schreckten sie nicht. Schon im Frühjahr 1961 nahm sie gemeinsam mit ihrem Sohn Werner am Hessischen Ostermarsch teil. In den 70er und 80er Jahren waren sie und Walter der

Er hat das Jahrhundert besichtigt

Hans Schwert zum 100. Geburtstag

**Am 17. September feiert Hans
Schwert in Frankfurt am Main
seinen 100. Geburtstag. Dies
ist nicht nur ein ungewöhnliches
Jubiläum, es ist auch ein
ungewöhnlicher Jubilar.**

Aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen in Unterfranken wird Hans Schwert bereits mit 14 Jahren Gewerkschaftsmitglied und in den 20er Jahren – nach seinem Wechsel nach Frankfurt – Kommunist. Zusammen mit seiner Frau Mali nimmt er an den politischen und sozialen Kämpfen in der Weimarer Zeit teil und organisiert antifaschistischen Widerstand nicht allein im Gallus-Viertel, sondern in Frankfurter Betrieben und bis in den Taunus hinein.



Hans
Schwert

Während ringsum der faschistische Terror wütet, hilft er, Kuriere aus der Schweiz mit illegalen Materialien in Frankfurt unterzubringen und die Flugblätter, Zeitungen und antifaschistische Tarnschriften auf konspirativem Wege an die Gruppen zu verteilen.

Erst durch Verrat gelang es der Gestapo seiner habhaft zu werden. Trotz einjähriger Unter-

suchungshaft bleibt er standhaft, was ihm vor dem Kasseler Sondergericht zehn Jahre Zuchthaus einbringt.

Beginnend in Kassel-Wehlheim und Freidietz durchlief er gut ein Dutzend Haftstätten des faschistischen Terrorregimes, bevor er im Frühjahr 1945 bei Ludwigsburg von den amerikanischen Truppen befreit wurde. Auch in der Haftzeit zeigte er antifaschistische Standhaftigkeit und machte Mithäftlingen Mut, der Unterdrückung zu widerstehen.

**Mitstreiter für einen
demokratischen Neubeginn**

Zuerst ging er zu seiner Frau, die bei den Schwiegereltern Unterschlupf gefunden hatte, bevor er Ende 1945 in das zerstörte Frankfurt zurückkehrte. Als überzeugter Antifaschist setzte sich Hans Schwert sofort für einen demokratischen Neubeginn ein. Er half im Wohnungsamt bei der sozial gerechten Verteilung von Wohnraum. Er organisierte sich in der neuen ÖTV und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Frankfurter und hessischen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Er blieb seiner kommunistischen Überzeugung treu, selbst als er im Zuge des Kalten Krieges erneut Angriffe und Repressalien erleben musste. Trotz Haussuchungen und anderen Anfeindungen hatte er bei seinen Kollegen ein solches Ansehen, dass er Mitte der 50er Jahre zum Personalrat und später zum Vorsitzenden des Personalrates im städtischen Versiche-

rungsamt gewählt wurde.

Während durch Entspannungspolitik und SPD-Landespolitik in den 70er Jahren der Kalte Krieg überwunden schien, musste Hans Schwert erleben,

**Als Zeitzeuge bis heute
aktiver Mitgestalter**

dass seine Tochter Doris lange Jahre gegen ihr Berufsverbot kämpfen musste. Genauso wie für die sozialen Belange seiner Kollegen und seine politische Überzeugung, setzte sich Hans Schwert nun ebenso konsequent gegen diese Ausgrenzung ein.

In den vergangenen 20 Jahren engagierte sich Hans Schwert im DGB-Seniorenarbeitskreis, als Kreisvorsitzender der VVN-BdA Frankfurt und im Landesvorstand und ganz besonders in der Arbeit mit jungen Menschen.

Nicht nur in Gesprächen in Schulklassen und Jugendgruppen, sondern auch bei den antifaschistischen Stadtrundgängen durch Frankfurt, an denen er noch aktiv teilnimmt, vermag er es, seine historischen Erfahrungen mit seinen Vorstellungen einer sozialen und gerechten Gesellschaft den jungen Menschen weiterzugeben.

Durch sein eigenes politisches, gewerkschaftliches und gesellschaftliches Handeln beweist er bis heute, dass ein Zeitzeuge nicht allein ein Beobachter, sondern ein aktiver Gestalter des historischen Prozesses ist. In diesem Sinne, herzlichen Glückwunsch und alles Gute, lieber Kamerad Hans Schwert.

Ulrich Schneider

Im April 1987 wurde ihr die goldene Ehrennadel der Stadt Gießen verliehen.

Am 13. August 2000 verstarb sie. Als politisches Vermächtnis formulierte sie 1993 in ihrer Autobiographie: Ich »habe mein Leben lang für Frieden und Sozialismus gekämpft. Ich bereue nicht einen

Tag. Das sozialistische Lager ist zusammengebrochen, Fehler wurden gemacht. Aber das soll uns nicht entmutigen. Karl Marx ist nicht tot, seine Idee lebt, und es gilt immer noch, und heute mehr denn je, für eine bessere Welt zu kämpfen – gegen Kapitalismus und Krieg.«

Ulrich Schneider